

# Hoffnung auf den Dialog

Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) hat ihr Regierungsprogramm vorgestellt.

Eine gute, bedarfsgerechte und bezahlbare Gesundheitsversorgung sichern und das Gesundheitssystem als Ganzes stärken – dafür will die neue Bundesgesundheitsministerin **Nina Warken (CDU/CSU)** in den kommenden Jahren die Grundlagen schaffen.

Mit ihrer Rede vor dem Plenum des Deutschen Bundestages am 15. Mai 2025, mit der Nina Warken ihre gesundheitspolitischen Schwerpunkte vorstellte, versprach die neue Ministerin, die Vertrauenskultur zu stärken: „Wenn man Dinge anstoßen und verändern will, dann ist guter Austausch und Dialog mit allen Beteiligten wichtig“, so Warken.

Die derzeitigen Probleme in der Gesundheitsbranche seien symptomatisch für viele Bereiche, so Warken weiter: „Wir haben es zu tun mit ineffizienten Strukturen, fehlender Nachhaltigkeit bei der Finanzierung, Fachkräftemangel, unzureichender Digitalisierung und einem Übermaß an Bürokratie.“

Diese Probleme will Nina Warken in den kommenden Jahren anpacken – im Dialog mit „Praktikern“ aus der Selbstverwaltung und aus den Ländern. Tiefgreifende Reformen im Gesundheitswesen sieht Warken als notwendig an und will sie vorantreiben. Angestoßene Vorhaben, insbesondere die Kran-

kenhausreform, will die neue Gesundheitsministerin weiterentwickeln. Dazu gehöre auch, Anforderungen der Reform zu prüfen, so Warken. Auch einen neuen „Pharmadialog“ kündigte die Ministerin an. Gesundheitswirtschaft, Medizintechnik und Pharmaindustrie müssten als Leitindustrie gestärkt werden.

Zudem soll die Finanzierung des im Rahmen der Krankenhausreform vorgesehenen Transformationsfonds geändert werden, erklärte Warken. Die Finanzierung von 50 % durch den Bund bzw. die Krankenkassen soll aus dem Sondervermögen Infrastruktur bezahlt werden. Diese Aufgabe dürfe nicht allein von den Beitragszahlern der gesetzlichen Krankenversicherung geschultert werden. Es handele sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Zudem soll die Lücke der „Soforttransformationskosten“ von Krankenhäusern aus den Jahren 2022 und 2023, wie bereits im Koalitionsvertrag vorgesehen, geschlossen werden, so die Ministerin.

Auch die Notfallreform soll rasch vorangetrieben werden, die laufende Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA) mit einem besonderen Augenmerk auf Sicherheit und Stabilität der digitalen Neuerung weitergeführt werden. Auch die Datensicherheit werde die Regierung verbessern, versprach Warken.



Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU). Foto: picture alliance/dpa/Katharina Kausche

## Hohe Erwartungen

Nachdem die CDU/CSU-Fraktion Nina Warken Ende April als neue Bundesgesundheitsministerin vorgeschlagen hatte, waren auch Branchen-Insider überrascht. Die Juristin, seit 2017 Mitglied im Bundestag und seit 2023 CDU-Generalsekretärin in Baden-Württemberg, hatte niemand „auf dem Schirm“. Warken war Mitglied des parlamentarischen Begleitgremiums zur Covid-19-Pandemie, darüber hinaus hatte sie bisher wenig Berührung mit Gesundheitspolitik. Spiegel online titulierte die neue Ministerin als „Ministerin ahnungslos“. Politische Weggefährten Warkens, Vertreter der Landespolitik und der Branchenverbände in Baden-Württemberg, beschreiben die neue Ministerin als Teamplayerin. Die Verbände der Selbstverwaltung reagierten schon auf die Nominierung Warkens optimistisch. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) hofft auf ein Ende der Misstrauenskultur, die unter ihrem Vorgänger **Karl Lauterbach (SPD)** heftig beklagt wurde. Während seiner Amtszeit wurden immer wieder Vorwürfe laut, er ignoriere die Akteure der Versorgung und lasse sie bei den Gesundheitsreformen außen vor.

Die Krankenhäuser setzen nun große Hoffnung auf einen neuen Kommunikationsstil im Bundesgesundheitsministerium: „Mit Nina Warken verbinden wir die Erwartung, dass der gesundheitspolitische Dialog wieder in einem konstruktiven Miteinander geführt wird“, erklärte **Dr. Gerald Gaß**, Vorstandsvorsitzender der DKG.

Die neue Bundesgesundheitsministerin habe mit der Vorstellung ihres Programms verdeutlicht, dass es ihr in den kommenden Jahren um sachorientierte Gesundheitspolitik und die Sicherung der Versorgung gehe. „Die Krankenhäuser begrüßen insbesondere, dass sich Ministerin Warken die Reform der Krankenhausreform und die finanzielle Unterstützung der Kliniken ganz oben auf die Agenda gesetzt hat. Hier darf sie keine weitere Zeit verlieren, denn die Krankenhäuser brauchen schnell Planungssicherheit und wirtschaftliche Stabilität“, so Gaß. Wesentlich für die Krankenhäuser seien deshalb der sofortige nachträgliche Inflationsausgleich und zahlreiche Korrekturen an der Reform. Dazu zählten Möglichkeiten der Länder, zur Versorgungssicherung in ländlichen Regionen Ausnahmeregelungen zu beschließen, die Korrektur der untauglichen Vorhaltefinanzierung und vor allem eine konsequente Entbürokratisierung verbunden mit dem Aufbau einer Vertrauenskultur. „Ohne Korrekturen würde die Krankenhausreform die ohnehin außer Kontrolle geratene Bürokratie in den Kliniken noch weiter verschärfen. Für die neue Gesundheitsministerin muss deshalb ein kompromissloser Bürokratieabbau auch bei der Reform der Krankenhausreform konsequent umgesetzt werden“, so der DKG-Vorstandsvorsitzende.

Zum Versprechen der Ministerin, ihre politischen Ziele gemeinsam mit der Selbstverwaltung des Gesundheitswesens erreichen zu wollen, sagte Gaß: „Auf einen solchen eigentlich selbstverständlichen Politikstil des Miteinanders haben wir mehr als drei Jahre warten müssen. Es ist gut, dass mit Ministerin Warken das partnerschaftliche Denken und das respektvolle Miteinander wieder ins Bundesgesundheitsministerium zurückkehren. Die DKG wird in der laufenden Legislaturperiode ein konstruktiver Partner der Poli-

tik sein. Wir werden notwendige Strukturanpassungen auch im Krankenhausbereich mit eigenen Vorschlägen unterstützen. Wir wollen einen Beitrag leisten, um die Ziele einer qualitätsvollen und flächendeckenden Gesundheitsversorgung zu erreichen.“

Auch die Kassen zeigen sich angetan von den Plänen der Bundesgesundheitsministerin. **Ulrike Elsner**, Vorstandsvorsitzende des Verbandes der Ersatzkassen e. V. (vdek): „Wir begrüßen, dass die Bundesgesundheitsministerin die großen Herausforderungen wie ineffiziente Strukturen, Fachkräftemangel, den zeitnahen Zugang zur Versorgung, mehr Digitalisierung und weniger Bürokratie rasch angehen will und sich für eine bedarfsgerechte und bezahlbare Gesundheitsversorgung stark macht.“ Es stimme zuversichtlich, dass die Ministerin auch kurzfristige Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzen für die Jahre 2025 und 2026 für notwendig erachtet, um weitere Beitragssatzerhöhungen abzuwenden. Elsner forderte eine gerechtere Finanzierung beispielsweise kostendeckender Beiträge von Bürgergeldempfängerinnen und -empfängern. Notwendig sei zudem ein Ausgabenmoratorium, damit der rasante Anstieg der Ausgaben, vor allem bei Arzneimitteln, gestoppt werden kann.

## AfD und Linke kritisieren Regierungspläne

Skeptisch gegenüber den gesundheitspolitischen Plänen der neuen Gesundheitsministerin zeigten sich die Bundestagsabgeordneten der Linken: **Stella Merendino**, Krankenpflegerin in der Notaufnahme im Vivantes Humboldt-Klinikum: „Statt echter Lösungen gibt es nur Floskeln und leere Versprechungen.“ Sie sehe „keinen konkreten Plan, wie die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten in den Krankenhäusern und im Rettungsdienst wirklich verbessert werden können.“ Die parlamentarische Newcomerin engagierte sich in der Gewerkschaft ver.di erfolgreich für mehr Personal im Krankenhaus und in der Notaufnahme. Zusammen mit der Abgeordneten **Julia-Christina Stange**, eine Fachkinderkrankenschwester vom Uniklinikum Mainz, und **Evelyn Schötz**, Altenpflegerin aus Nürnberg, kämpft sie für deutlich bessere Arbeitsbedingungen für die Pflege.

Die Grünen forderten eine schnelle Umsetzung der Notfallreform und eine Reform der Kassenfinanzen. **Janosch Dahmen**, Sprecher für Gesundheitspolitik für die Fraktion B90/die Grünen: „Die GKV ist kein Notfallpatient, er ist ein chronisch-kranker Patient.“ Eine zügig umgesetzte Notfallreform könne bis zu drei Mrd. € pro Jahr einsparen, rechnete der Notfallmediziner vor. Die Ministerin solle schnell handeln und nicht auf Kommissionen und Prüfaufträge warten.

Auch die AfD-Fraktion sieht die Pläne der Regierung zur Gesundheitspolitik kritisch. Der AfD-Abgeordnete **Martin Siechert** kritisierte, „dass der Bundeskanzler **Friedrich Merz** (CDU) in seiner 45-minütigen Rede zur Regierungserklärung am Vortag nur wenige Sekunden für Gesundheitspolitik übrig hatte“. „Die politischen Vorhaben der letzten Monate haben bei vielen Trägern und Einrichtungen Fragen offengelassen – zur Umsetzung, zur Zeitplanung und zu den praktischen Auswirkungen vor Ort. Jetzt kommt es auf ein neues Miteinander an, das die Versorgung in den Mittelpunkt stellt. Wir brauchen einen sach-

orientierten Dialog, der nicht nur die Struktur, sondern auch die Alltagstauglichkeit der Reformen im Blick hat – und die Menschen, die sie tragen“, sagt **Prof. Dr. Steffen Gramminger**, Geschäftsführender Direktor der HKG.

**Christoph Radbruch**, Vorsitzender des Deutschen Evangelischen Krankenhausverbandes (DEKV), mahnt die Reform der Notfallversorgung an. Sie sei seit Langem überfällig. Radbruch lobt die neuen parlamentarischen Staatssekretäre: „Mit der Ernennung von Dr. Georg Kippels und Tino Sorge zu parlamentarischen Staatssekretären gewinnt das Ministerium zusätzliche gesundheitspolitische Expertise. Beide gelten als sachkundige und praxisnahe Kenner des deutschen Gesundheitssystems. „Diese personelle Kombination bietet die Chance, die im Koalitionsvertrag angekündigte qualitativ hochwertige, bedarfsgerechte und praxistaugliche Weiterentwicklung der Krankenhausstrukturen bis Sommer 2025 entschlossen voranzubringen.“

Die Universitätskliniken fordern eine „angemessene Berücksichtigung der Universitätsmedizin bei den Förderzwecken des Transformationsfonds.“ Denn gerade auch an Universitätsklinika werde es zu einer Konzentration vor allem von komplexen Versorgungsangeboten kommen, so **Prof. Jens Scholz**, 1. Vorsitzender des Verbandes der Universitätsklinika Deutschlands (VUD). Damit wird auch das Ziel der Krankenhausreform, eine Verbesserung der Behandlungsqualität, befördert. Dass im Koalitionsvertrag zudem vorgesehen ist, die Vorhaltepauschalen für die Universitätsmedizin an den realen Kosten auszurichten, ist konsequent und sinnvoll.“

Katrin Rüter

## Die Parlamentarischen Staatssekretäre



Tino Sorge. Foto: Steven Vangermain

**Tino Sorge (CDU)** ist neuer Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium. Er ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages, von Beginn an war Sorge Mitglied im Ausschuss für Gesundheit. Seit 2017 ist er Mitglied im Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sorge war Vorsitzender der Arbeitsgruppe Gesundheit und gesundheitspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion. Vor der Ernennung Nina Warkens sahen viele in ihm den neuen Bundesgesundheitsminister.



Dr. Georg Kippels  
Foto: Tobias Koch

Neu im Amt des Parlamentarischen Staatssekretärs ist auch **Dr. Georg Kippels (CDU)**. Er ist seit dem 22. Oktober 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages. Der Rechtsanwalt aus dem Rheinländischen Bedburg ist seit 2015 Mitglied im Ausschuss für Gesundheit; seit der 19. Wahlperiode ist er zudem Mitglied im Unterausschuss Globale Gesundheit.

## Nina Warken beim WHO-Treffen

Gleich zu Beginn ihrer Amtszeit betritt **Nina Warken** die internationale Bühne der Gesundheitspolitik. Die Bundesregierung will die WHO mit weiteren 10 Mio. € fördern. Das gab Bundesgesundheitsministerin Nina Warken am Vortag der Weltgesundheitsversammlung (WHA) nach einem Treffen mit WHO-Chef **Tedros Adhanom Ghebreyesus** in Genf bekannt. Damit unterstützt Deutschland die eingeleiteten WHO-Reformen, die nach dem Rückzug der USA aus der Weltgesundheitsorganisation erforderlich werden. Eigentlich müssten die USA für 2025 noch rund 130 Mio. Dollar (116 Mio €) zahlen. Es ist aber wohl unwahrscheinlich, dass das Geld gezahlt wird. Der Austritt der USA aus der WHO wird Anfang 2026 wirksam.

Der Weltgesundheitsorganisation (WHO) fehlen in den kommenden zwei Jahren 1,7 Mrd. Dollar (rund 1,5 Mrd. €). Das teilte Ghebreyesus zum Auftakt des achttägigen Treffens vom 19. bis 27. Mai 2025 den derzeit 194 WHO-Mitgliedsländern in Genf mit. Neben den USA hat Argentinien seinen Austritt angekündigt. Die Finanzkrise der WHO und der geplante Pandemievertrag standen im Mittelpunkt der Jahrestagung in Genf. Im Rahmen der Weltgesundheitsversammlung war neben den anstehenden Strukturreformen das internationale Pan-

demieabkommen ein zentrales Thema. Es enthält verbindliche Regelungen zur Stärkung von Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion. Das Abkommen wurde mittels einer Resolution angenommen.

Die Annahme des internationalen Pandemieabkommens zeige, wozu die WHO-Mitgliedstaaten in der Lage sind: weltweit die Gesundheit der Menschen durch bessere Zusammenarbeit zu schützen, heißt es in einer Erklärung des Bundesgesundheitsministeriums. Nach dem Rückzug der Vereinigten Staaten aus der WHO war dies keineswegs selbstverständlich. „Umso wichtiger ist es, dass die Weltgesundheitsorganisation ihren internen Reformprozess vorantreibt und sich auf ihre Kernaufgaben konzentriert: weltweite Gesundheitsüberwachung, Pandemieprävention, Krankheitsbekämpfung und gerechten Zugang zur Gesundheitsversorgung. Das unterstützt Deutschland im globalen und damit im eigenen Interesse“, so Warken. Das Abkommen soll bei künftigen Pandemien Chaos bei der Beschaffung von Schutzmaterial wie während der Coronapandemie vermeiden. Außerdem soll der Vertrag sicherstellen, dass reiche Länder keine Impfstoffe horten, während ärmere Länder keine bekommen. *krii*